

# Weltchronik

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot**

Band (Jahr): **220 (1947)**

PDF erstellt am: **25.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Weltchronik

(Vom 1. Juli 1945 bis 30. Juni 1946)

Mehr als ein Jahr ist jetzt vergangen, seitdem in Europa der Krieg mit der Kapitulation der deutschen Armeen beendet worden ist, und bald schon ist es ein Jahr her, seitdem im Fernen Osten auch Japan kapituliert hat. Von den Kämpfen des zweiten Weltkrieges haben wir uns also zeitlich bereits ein Stück Weges entfernt. Aber der Chronist ist im Zweifel, ob er schreiben soll und darf, daß wir uns tatsächlich auf dem Weg zum Frieden befinden und daß wir uns diesem Ziel auch entsprechend genähert haben.

Noch sind nämlich nirgends, in Europa nicht und nicht im Fernen Osten, zwischen Siegern und Besiegten Friedensverträge unterzeichnet worden. Noch gelten zwischen den Gegnern von gestern lediglich die Waffenstillstandsabkommen der Kapitulationstage, und wie damals halten immer noch ganze Armeen der siegreichen Nationen die besiegten Länder besetzt. Vorläufig ist jedenfalls der Friede noch nicht zurückgekehrt, sondern der Krieg ist lediglich in eine neue Phase eingetreten, in der zwar nicht mehr gekämpft wird, aber doch ein kriegsmäßiger Zustand weiter andauert. Allerdings wurden und werden von den Regierungen der Siegerstaaten auch ernsthafte Anstrengungen zur Vorbereitung der Friedensverträge und zur Neuordnung der zerschundenen Welt gemacht; aber leider sind, gemessen an der gewaltigen Aufgabe, die erzielten Ergebnisse bisher nur klein geblieben. Je weiter man sich zeitlich vom Krieg entfernte, desto deutlicher zeigte es sich, daß in den Hauptfragen zwischen den Siegern, besonders zwischen den beiden angelsächsischen Mächten, den USA und Großbritannien, einerseits und der Sowjetunion andererseits ernsthafte Meinungsverschiedenheiten bestanden, die zum Teil auf machtpolitischen Rivalitäten beruhten, zum größten Teil aber wohl auf den auch über den Gegensatz zwischen Kapitalismus und Kommunismus weit hinausreichenden Unterschied zwischen westlichem und östlichem Denken zurückzuführen sind. Zeitweise erreichten die Spannungen sogar einen

solchen Grad, daß Pessimisten bereits von der Gefahr eines dritten Weltkrieges glaubten sprechen und schreiben zu müssen.

Eines jedenfalls steht fest: Jenes „Nie wieder Krieg!“ der Zeit nach dem ersten Weltkrieg, jene pazifistische Welle von damals, die schließlich die Abrüstungskonferenz zur Tatsache werden ließ, sie fehlten diesmal. Niemand sprach bisher von Abrüstung. Zwar wurden die Millionenarmeen des Krieges zum größten Teil demobilisiert. Aber mit Ausnahme der besiegten und bereits entwaffneten Länder und mit Ausnahme der Schweiz, die für 1946 einen „Marschhalt“, eine militärische Pause, eingeschaltet hat, gibt es kaum einen Staat, der nicht daran wäre, seine Rüstungen und die militärische Ausbildung weiter auszubauen. Ganz besonders gilt das von den Großmächten. Die politischen Führer und die Marschälle der Sowjetunion haben in Wahlreden und in Ansprachen zum 1. Mai offen gefordert, daß die Stärke und Schlagkraft der Roten Armee erhalten bleiben müsse; ebenso sind die Staatsmänner und militärischen Führer in England und den USA für die Erhaltung ihrer im Kriege aufgebauten Armeen eingetreten. Zudem liegen in England sowohl wie in den Vereinigten Staaten den Parlamenten Gesetzesentwürfe vor, durch die die allgemeine Wehrpflicht, die man dort sonst in Friedenszeiten nicht kannte, bis auf weiteres ganz oder teilweise beibehalten wird. Aber auch mittlere und kleinere Mächte arbeiten an der Reorganisation ihrer Heere. So ist zwar der Krieg zu Ende, die Kriegsrüstungen aber sind im wesentlichen geblieben.

\* \* \*

Schon bald nach der Kapitulation Deutschlands waren diejenigen enttäuscht worden, die gehofft hatten, die Welt werde nun rasch wieder zu „normalen“ Verhältnissen zurückkehren. Sie übersahen die gewaltigen Anstrengungen, die besonders die angelsächsischen Mächte machten, um nun auch noch den Krieg gegen Japan erfolgreich zu beenden. Daß man die Japaner für nur schwer zu besiegende Gegner hielt, geht aus einem Geheimabkommen hervor, das noch auf der Krimkonferenz in Jalta abgeschlossen, aber erst ein Jahr später, im Februar 1946, bekanntgeworden ist.

Darin wurden die Bedingungen für einen Kriegseintritt Rußlands gegen Japan festgelegt, wobei der Sowjetunion, deren Hilfe man suchte, die Inselgruppe der Kurilen zugesprochen wurde.

Während dann aus Europa freigewordene Truppen der Briten und Amerikaner abgezogen und besonders auch Flotteneinheiten nach dem Pazifik dirigiert wurden, richteten der amerikanische Präsident Truman und der englische Premierminister Ende Juli von Potsdam aus, wo sie mit Stalin zu einer ersten Nachkriegskonferenz zusammengetroffen waren, an die Japaner eine ultimative Aufforderung zur Kapitulation. Japan jedoch lehnte ab. Da griffen die Amerikaner zur bisher geheimgehaltenen furchtbarsten Zerstörungswaffe des zweiten Weltkriegs: zur Atombombe. Am 6. August warf ein USA-Bomber die erste Atombombe auf die japanische Stadt Hiroshima, die durch die ungeheure Gewalt der Explosion völlig in Trümmer gelegt wurde; über 30 000 Tote und Vermißte und über 10 000 Schwer-

verletzte wurden schätzungsweise als Opfer des Angriffs genannt. Eine zweite Atombombe wurde drei Tage später mit gleicher Wirkung auf die Stadt Nagasaki abgeworfen.

Die grauenhaften Zerstörungen, die eine einzige dieser neuen Bomben anzurichten vermochte, hinterließen in der ganzen Welt einen gewaltigen und erschütternden Eindruck und trugen offen-

sichtlich entscheidend zur Abkürzung des Kriegs im Fernen Osten bei. Am 8. August, zwei Tage nach dem Abwurf der ersten Atombombe, erklärte die Sowjetunion Japan plötzlich den Krieg und ließ kurz darauf die Rote Armee in die Mandschu-

rei einmarschieren. Am 10. August, am Tage nach dem Abwurf der zweiten Bombe, richtete dann die japanische Regierung durch Vermittlung der Schweiz und Schwedens ein Kapitulationsangebot an die alliierten Mächte, das nach Vereinbarung bestimmter Bedingungen schließlich angenommen wurde. Bereits am 14. August verkündeten Truman und der britische Ministerpräsident Attlee das Ende des Krieges im Fernen Osten. In den letzten Augusttagen begannen hierauf die alliierten Truppen mit der Besetzung der japanischen Stamminsel, und am 2. September wurde in der Bucht von Tokio an Bord des amerikanischen Schlachtschiffs „Missouri“ die bedingungslose Kapitulation Japans von der neuen japanischen Regierung im Namen des japanischen Kaisers unter-

zeichnet. Weitere Kapitulationen erfolgten in den nächsten Tagen unter anderem in Nanking gegenüber China und in Singapur gegenüber Großbritannien. Damit hatte nicht nur der zweite Weltkrieg, sondern auch jener viel längere Krieg, der im Herbst 1931 mit dem japanisch-chinesischen „Zwischenfall“ an der mandschurischen Eisenbahn bei Mukden begonnen und dann zunächst zur



Karl Kobelt

Bundespräsident für das Jahr 1946

Photopreß, Zürich

Eroberung der Mandschurei durch die Japaner geführt hatte, sein offizielles Ende gefunden.

\* \* \*

Der zweite Weltkrieg hat, in weit stärkerem Maße noch als der erste, das Gesicht der Welt in verschiedener Hinsicht entscheidend geändert. Das gilt ganz besonders auch für das politische Gebiet, und es ist nötig, sich einige Hauptzüge dieser Veränderungen klar vor Augen zu halten, um die seitherigen Entwicklungen einigermaßen verstehen zu können.

Vor allem muß man sich immer wieder vergegenwärtigen, daß drei Großmächte, die in der Weltpolitik der letzten zwanzig Jahre eine führende Rolle gespielt hatten, als Mächte heute ausgeschaltet sind: Deutschland, Italien und Japan. Davon besitzen lediglich Italien und Japan noch Regierungen und Parlamente, während das ehemalige Deutsche Reich heute ohne eigene Regierung ist und als Staat nicht mehr existiert. Deutschland ist politisch gleichsam zu einem luftleeren Raum geworden. Demgegenüber liegt das weltpolitisch entscheidende Wort heute ausschließlich bei den Siegnationen, und zwar in erster Linie bei den siegreichen Großmächten. Aber auch hier ist die Rangfolge eine andere als früher. Während es 1939/40 England und Frankreich gewesen waren, die im Abwehrkampf gegen Nationalsozialismus und Faschismus die Führung innegehabt hatten, standen dann 1945 die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion an der Spitze, also zwei Großmächte, die erst seit 1941 aktiv am Krieg teilgenommen hatten. Zusammen mit Großbritannien bilden sie die „Großen Drei“, und damit ist nun die weltpolitische Führung, die auch in der Zwischenkriegszeit noch eindeutig bei den europäischen Großmächten lag, erstmals seit Jahrhunderten an außereuropäische Mächte übergegangen. Denn auch England, das nicht nur eine Insel ist, sondern in seiner Politik vor allem auch auf die Interessen des ganzen Britischen Reiches und damit auf die Dominions — besonders auf Kanada, Südafrika und Australien — Rücksicht zu nehmen hat, kann nicht im gleichen Maße als europäische Macht gelten wie etwa Frankreich oder Italien und früher Deutschland. Und was die Sowjetunion

betrifft, so ist sie ja weit mehr nach dem Osten als nach dem Westen hin orientiert.

Es entsprach dieser machtpolitischen Gewichtsverlagerung von Europa weg nach andern Kontinenten, als Mitte Dezember die in London tagende Vorbereitende Kommission für die Organisation der Vereinten Nationen (United Nations Organisation, abgekürzt UNO) mit 30 gegen 14 Stimmen beschloß, daß dieser neue Völkerbund seinen ständigen Sitz nicht in Genf, sondern in den USA, also außerhalb Europas, haben solle. Am 24. Oktober war das in San Francisco ausgearbeitete Statut in Kraft getreten, nachdem eine genügende Zahl von Staaten es ratifiziert hatte, und am 10. Januar 1946 wurde hierauf die erste ordentliche Session der UNO in London eröffnet; zum Teil übersiedelten ihre Organe später vorläufig nach New York. Erster Präsident wurde der belgische Außenminister Spaak, und zum ständigen Generalsekretär der Organisation wählte die Versammlung den norwegischen Außenminister Trygve Lie. Im April trat dann in Genf der alte Völkerbund zu seiner letzten Session zusammen, auf der die Übertragung der Sachwerte an die UNO und andere Liquidationsangelegenheiten formell geregelt wurden.

Unter den verschiedenen Organen der UNO konzentrierte sich das Interesse jeweilen auf die Sitzungen des „Sicherheitsrates“, der gleichsam als Weltregierung gedacht ist und vor allem den Frieden sichern soll. In ihm haben neben den „Großen Fünf“ — USA, U. d. S. S. R., Großbritannien, Frankreich und China — auch sechs kleinere Mächte Sitz und Stimme, doch haben bisher in allen wesentlichen Fragen die „Großen Drei“ das entscheidende Wort geführt. Zudem enthüllten diese öffentlichen Sitzungen nun erstmals den angelsächsisch-russischen Gegensatz und das machtpolitische Kräftespiel vor aller Welt. Das zeigte sich beim iranischen Streitfall, wo Iran (Persien) gegen die Sowjetunion klagte, weil sich in Aserbeidschan im Schutze der dort stehenden russischen Truppen eine separatistische Bewegung breitmachen konnte. Da die Perser im Sicherheitsrat von den Briten und Amerikanern unterstützt wurden, beantworteten die Russen die persische Klage mit einer Gegenklage wegen der „den Frieden und die Sicherheit“ gefährden-

den Anwesenheit britischer Truppen in Griechenland und Indonesien. Nach schärfsten Diskussionen zwischen den russischen und angelsächsischen Vertretern brachten schließlich Kompromißerklärungen die Lösung dieser Streitfälle, zu denen es sicher nie gekommen wäre, wenn nicht besonders in Iran und Griechenland britische und russische machtpolitische Interessen aufeinanderstoßen würden.

Im übrigen sind die für die Zukunft wichtigen Entscheidungen bisher noch nicht im Rahmen der UNO gefallen, sondern in jenen Konferenzen, in denen die siegreichen Großmächte im engsten Kreise und hinter verschlossenen Türen berieten. An erster Stelle ist hier die Konferenz von Potsdam zu nennen. Sie wurde am 17. Juli zwischen Truman, Churchill, der nach den englischen Wahlen durch Attlee abgelöst wurde, und Stalin sowie ihren Außenministern und militärischen Beratern eröffnet und am 1. August mit einer grundlegenden Erklärung abgeschlossen. Diese enthielt Beschlüsse über die Einsetzung eines Außenministerrates der fünf Hauptmächte zur Vorbereitung der Friedensverträge, über die Behandlung Deutschlands und über seine Reparationsleistungen, über die Westgrenze Polens und die Abtretung Königsbergs an Rußland sowie über die Umsiedlung der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn. Die sich hier abzeichnende Tendenz, die Hauptfragen der neuen Friedensordnung ohne Befragung der kleineren



Prinzessin Juliane und Prinz Bernhard der Niederlande auf offiziellem Besuch in der Schweiz. Auf dem Flugplatz Cointrin in Genf werden die Gäste von Bundesrat Petitpierre (links) und dem holländischen Gesandten in der Schweiz, Minister Bosch v. Rosenthal (rechts vorne), empfangen.

Photo Hans Steiner, Bern

Alliierten nur durch die Großmächte zu entscheiden, trat in den folgenden Außenministerkonferenzen noch deutlicher hervor. Nachdem eine erste, auf Grund der Potsdamer Beschlüsse am 11. September in London eröffnete Außenministerkonferenz der „Großen Fünf“ nach drei Wochen an russisch-angelsächsischen Gegensätzen gescheitert war, wurde Mitte Dezember in Moskau eine zweite durchgeführt, zu der aber diesmal Frankreich und China nicht eingeladen wurden;



Feldmarschall Montgomery auf dem Gstaader Feldherrenhügel

Photopress, Zürich

die „Großen Drei“ blieben unter sich und regelten die Verfahrensfragen für die Friedensverträge selbständig in dem Sinne, daß sie allein die Verträge entwerfen, diese dann den übrigen Alliierten zur Diskussion vorlegen, den endgültigen Wort-

Atomenergie notwendigen Kenntnisse sind“, ein Abkommen, worin sie jedoch die Bekanntgabe der Herstellungsverfahren erst für den Augenblick in Aussicht stellten, da eine allgemeine und wirksame Kontrolle durch die UNO gesichert sein werde.

laut aber wiederum allein redigieren. Trotz dieser Einigung traten aber im Mai in Paris auf der dritten

Außenministerkonferenz der „Großen Vier“ — Frankreich war jetzt wenigstens mit beratender Stimme vertreten — die alten Gegensätze erneut zutage; auch ein vierwöchiger Konferenzunterbruch bis Mitte Juni vermochte daran wenig zu ändern, so daß Ende Juni, besonders von den angelsächsischen Mächten, erwogen wurde, die ungelösten Fragen einer Konferenz der 21 alliierten Siegernationen zu unterbreiten.

Unter den Fragen, die die politischen Verhandlungen belasteten, befand sich nicht an letzter Stelle das Atomproblem. Die Atombombe hatte nicht nur den Krieg im Fernen Osten abgekürzt, sondern auch fühlbare Rückwirkungen auf die Politik gehabt. Wiederholt wurde besonders von russischer Seite die Bekanntgabe der Fabrikationsgeheimnisse verlangt. Mitte November trafen Präsident Truman, der britische Ministerpräsident Attlee und der kanadische Ministerpräsident Mackenzie King als „Vertreter der drei Staaten, die im Besitz der für den Gebrauch der

Auf der Moskauer Außenministerkonferenz der „Großen Drei“ wurde dann die Bildung einer UNO-Kommission für Atomenergie beschlossen. Als diese Mitte Juni erstmals in New York zusammentrat, unterbreitete ihr die amerikanische Regierung einen ausführlichen Plan zur Überwachung der Atomwirtschaft und der Produktion von Atomwaffen. Kanada und Großbritannien billigten die amerikanischen Vorschläge, während die Sowjetunion wenige Tage später einen eigenen, mehr allgemein gehaltenen Kontrollplan vorlegte. Die Grundlage für die weiteren Verhandlungen ist damit geschaffen.

Das Atomproblem hätte sicher nicht so viel politisches Gewicht erlangt, wenn die Großmächte in allen andern Fragen einig gewesen wären. Aber ihr Einvernehmen aus den Jahren des Kampfes wurde jetzt durch Mißtrauen und machtpolitische Rivalitäten belastet. Was besonders die Machtansprüche betrifft, so ist auch hier zum bessern Verständnis auf einen wesentlichen Unterschied hinzuweisen: während Großbritannien als Großreich mit alter weltpolitischer Tradition hauptsächlich die Erhaltung seines Besitzstandes erstrebt, suchen die USA und die Sowjetunion als zwei relativ junge Mächte, die in der Zwischenkriegszeit weltpolitisch noch kaum aktiv hervorgetreten waren,

ihre im Krieg neu erlangten machtpolitischen Positionen zu festigen und auszubauen. Könnten diese Ansprüche allein auf Kosten der Besiegten



Eine Gruppe von vier Militärflugzeugen stürzte im Grimselgebiet bei Guttannen ab. Am steilen Berghang des Benzlauistockes konnten die Flugzeugüberbleibsel mittels einer improvisierten Standseilbahn zu Tal gebracht werden.

Photopreß, Zürich

befriedigt werden, wären ernste Differenzen wohl kaum entstanden. Die Schwierigkeiten mußten aber wachsen, sobald sich Ansprüche von beiden Seiten in die Quere kamen oder auf den bereits traditionellen Besitz der Briten stießen. Das war vor allem der Fall in Europa, im Mittleren Osten und im Fernen Osten.

Was zunächst Europa betrifft, so war besonders Deutschland durch die Kapitulation ein Niemandsland geworden, in dem sich nun die Sieger machtpolitisch anzusiedeln begonnen haben. Dem Buchstaben nach zwar hätten die vier Besetzungsmächte das ehemalige Reich in ihren Zonen nach einheitlichen Richtlinien verwalten sollen. Mehr und mehr aber gewann man den Eindruck, daß Deutschland gleichsam auseinander verwaltet werde. Auch politische Unterschiede traten in Erscheinung, besonders zwischen den von der Roten Armee besetzten Gebieten, in denen die Kommunisten eine führende Rolle zu spielen vermochten, und den von den Westmächten besetzten Zonen, wo die etappenweise durchgeführten Gemeindewahlen zugunsten der Sozialdemokraten und der weiter rechts stehenden Parteien ausfielen.

Die Grenzlinie zwischen russischer und westlichen Zonen, die ungefähr der Elbe folgt, greift jedoch über Deutschland hinaus, verläuft quer durch Österreich, das zwar offiziell „befreites“ Land ist, aber trotzdem in vier Besetzungszonen aufgeteilt wurde, und endet etwa bei Triest an der Adria. Östlich dieser Linie war bisher deutlich der russische Einfluß vorherrschend. Das gilt für Rumänien, Bulgarien und das nur von den Russen besetzte Ungarn, gilt aber auch für Jugoslawien und Polen, die heute zusammen mit der Tschechoslowakei durch ein ganzes System von Paktten untereinander und mit der Sowjetunion verbündet sind und so den oft genannten „Ostblock“ bilden. Andererseits machte sich der angelsächsische Einfluß nicht nur westlich jener Linie in Deutschland, sondern auch im Mittelmeergebiet, besonders in Griechenland und in dem immer noch von britischen Truppen besetzten Italien, geltend. Auch hat es Spaniens Diktator, General Franco, nicht zuletzt der Zurrückhaltung Englands zu danken, daß er trotz scharfer Angriffe, die sogar in der UNO gegen

ihn vorgetragen wurden, immer noch an der Macht ist.

Im Mittleren Osten stand das Ringen um den Einfluß in Iran, bei dem das Interesse der Mächte am persischen Öl eine wichtige Rolle spielte, mehrfach im Vordergrund. Sodann sah sich auch die Türkei russischen Forderungen gegenüber, die auf Abtretung osttürkischer Gebiete und auf die Neuregelung der Dardanellenfrage zugunsten Rußlands abzielten. Moskaus vermehrtes Interesse für das Mittelmeergebiet zeigte sich übrigens auch in der Forderung nach Vorrechten in Tripolitanien und bei der Lösung der Tanagerfrage, wo das neue Abkommen zur Internationalisierung Tangers diesmal mit Rußland, aber ohne Spanien als Unterzeichner abgeschlossen wurde. Endlich gab die Sowjetpresse jeweils deutlich zu erkennen, daß es in Moskau durchaus nicht mißfiel, wenn die Briten in Ägypten, in Palästina und Indien immer wieder mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatten.

Im Fernen Osten hatte sich die Sowjetunion mit dem Kriegseintritt knapp vor der Kapitulation Japans ihren Anspruch auf die in Malta von Roosevelt versprochene Überlassung der Kurilen gesichert. Dagegen haben die Russen die Mandschurei, die von ihnen ebenfalls noch besetzt worden war, schließlich wieder geräumt. Die japanischen Stamminseln dagegen sind von Anfang an nur von den Amerikanern unter General McArthur besetzt worden. Auf der Moskauer Außenministerkonferenz wurde zwar für Japan ein alliierter Kontrollrat eingesetzt, in dem neben den USA auch Großbritannien, Rußland und China Sitz und Stimme haben. Doch die Amerikaner sind es, die den Japanern den Mikado, den Kaiser, gelassen, aber die Demokratisierung des Wahlsystems und die Einführung des Frauenstimmrechts verfügt haben. In China stehen sie zudem als Helfer und Berater der Chinesen in vorderster Linie, und sie haben keinen geringeren als den Generalstabschef des Krieges, General Marshall, als Botschafter nach Tschungking gesandt. Außerdem haben sie im Pazifik sämtliche früher japanischen Stützpunkte übernommen und trachten danach, selbst auf australischen und britischen Inseln militärische Basen zu erwerben, wie sie andererseits auch im Atlantik





#### Überschwemmung am Thunersee

Das Dorf Dürigen ist im Juni 1946 von der nicht enden wollenden Regensflut furchtbar mitgenommen worden. Der Dorfbach überflutete das Gelände drei Meter hoch.

ATP, Zürich

mit Zustimmung Portugals und gemeinsam mit den Briten auf den Azoren, dann aber auch auf Island und Grönland Stützpunkte unterhalten.

Es ist weiter nicht erstaunlich, daß diese sich immer wieder überschneidenden Interessen zusammen mit dem Geheimnis um die Atombombe die Verhandlungen zwischen den Hauptmächten erschweren und auch Mißtrauen pflanzen mußten. Dabei war es gleichgültig, ob nun die umstrittenen Fragen die Grenze zwischen östlicher und westlicher Machtsphäre betrafen wie bei Triest, oder ob sie sich, wie etwa bei der Internationalisierung der Donauschiffahrt oder der Zukunft der italienischen Kolonien, eindeutig innerhalb von einer der beiden Machtsphären hielten. Jedenfalls ist noch über keine der bisher vor-

gebrachten Lösungen die Diskussion geschlossen. Und was speziell die Zukunft Deutschlands und Japans betrifft, so haben die Vereinigten Staaten im April den Vorschlag gemacht, daß die Großmächte unter sich zwei Verträge auf die Dauer von 25 Jahren abschließen sollten, um die völlige Abrüstung und Entmilitarisierung der beiden besiegten Angreiferstaaten zu garantieren. Der Vorschlag ist vor allem auch deshalb von großer politischer Bedeutung, weil die Regierung der USA damit dem Isolationismus entschieden den Rücken kehrt und erstmals die Bereitschaft dokumentiert, auf lange Sicht in Europa und im Fernen Osten an der politischen Verantwortung mittragen zu helfen.

\* \* \*



Zur Erforschung des sagenumwobenen Häliloches im Beatenberggebiet. Die Teilnehmer der Expedition treffen die ersten Vorbereitungen zum Abstieg. Der Steinschlaggefahr und des minimalen Wasserganges wegen wurde die Expedition im Winter durchgeführt.

Photo Hans Steiner, Bern

Verglichen mit den Ereignissen und Entwicklungen in der großen Politik, die gleichsam Steine zum Fundament einer neuen Welt darstellen, blieb das politische Geschehen innerhalb der einzelnen Länder von geringerer Bedeutung. Es stand fast überall im Zeichen der Liquidation des Krieges und seiner traurigen Erbschaft.

des übergegangen ist, in Holland Mussert, in Rumänien Antonescu, in Ungarn Bardosy. In Finnland wurden die Politiker der Kriegsjahre ebenfalls vor Gericht gestellt und zu Gefängnis verurteilt. Die Reihe könnte um viele Namen verlängert werden.

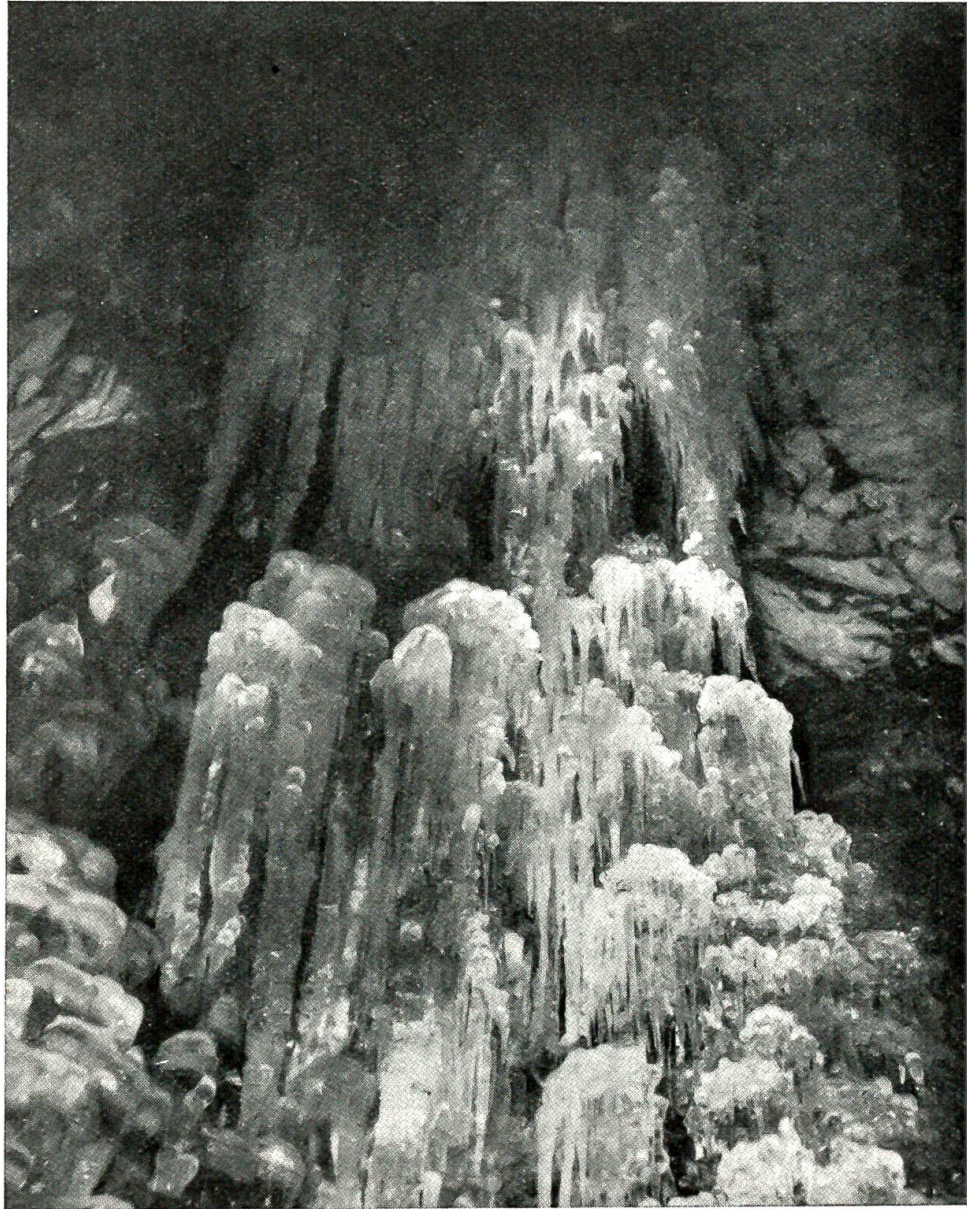
Auch sonst stand das politische Leben, besonders in Europa, im Zeichen der „Säuberung“.

Kennzeichnend dafür ist vor allem eine ganze Reihe von Gerichtsverfahren, in denen führenden Politikern und Gesinnungsfreunden des Nationalsozialismus und Faschismus der Prozeß gemacht wurde. An erster Stelle ist hier der seit dem 20. November andauernde Nürnberger Prozeß zu nennen, in dem die deutschen Nationalsozialisten mit Göring, Ribbentrop, Dönitz und Keitel an der Spitze als „Kriegsverbrecher“ angeklagt sind. Indessen ist es kein deutsches Gericht, sondern Richter und Ankläger rekrutieren sich ausschließlich aus den Siegernationen. Daneben haben die Alliierten in Deutschland auch vielen kleineren Kriegsverbrechern, besonders den Wachmannschaften von Konzentrationslagern, den Prozeß gemacht. In Frankreich wurden Pétain und Laval vor Gericht gestellt, der Marschall wurde zum Tode verurteilt und zu Festungshaft begnadigt, sein Ministerpräsident jedoch erschossen. Dem Tode verfielen ferner in Norwegen Quisling, dessen Name längst auf alle Verräter und Helfer des Fein-

Sie wurde im besetzten Deutschland und teilweise auch in Österreich von den Besatzungsarmeen selber durchgeführt und erstreckte sich vor allem auf die Beamtenchaft, aus der die früheren Nationalsozialisten entfernt wurden. Das wirtschaftliche Leben steht ebenfalls weitgehend unter alliierter Kontrolle. In diesem Zusammenhang wurden zahlreiche Industrieunternehmen demontiert und von den Siegern als Kriegsbeute oder zu Reparationszwecken weggeschafft. Im übrigen erfahren die Deutschen, wie der Chronist bei Besuchen besetzter Gebiete selber feststellen konnte, heute die Mühsale teilweise am eigenen Leibe, die das nationalsozialistische Deutschland vorher als Eroberer zahlreichen andern Nationen glaubte aufzwingen zu können. Jedenfalls hat der Deutsche heute Gelegenheit, zu erkennen, was es heißt, einen totalen Krieg total verloren zu haben. Das gilt besonders auch für das Gebiet der Ernährung. Nicht nur in den völlig zerstörten Städten, in denen die Bevölkerung in Kellern und Ruinen haust, sondern auch dort, wo die Zerstörungen relativ gering sind, herrscht vielfach der nackte Hunger. Das gilt übrigens auch für andere Gebiete Europas, ob schon die UNRRA, die seinerzeit von den Alliierten gegründete Hilfs- und Wiederaufbauorganisation, gewaltige Leistungen in der Versorgung der Mangelgebiete vollbracht hat.

Die demokratischste Form der „Säuberung“ sind ordentliche Wahlen, und die

auf diesem Wege bestellten Volksvertretungen bilden die sicherste Grundlage für den Neuaufbau. Im größten Teil aller europäischen Länder sind denn auch die Wähler und Wählerinnen an die Urnen gerufen worden. Zeitlich an erster Stelle standen die Parlamentswahlen in England am 5. Juli, in denen die Arbeiterpartei eindeutig siegte, worauf die konservative Übergangsregierung



Das Häliloch im Beatenberggebiet

Blick in die über 70 m tief sich ergießende Eisorgel im Innern der Haupthöhle

Photo Hans Steiner, Bern

Churchills durch eine reine Labour-Regierung mit Premierminister Attlee und Außenminister Bevin an der Spitze ersetzt wurde. In Frankreich fanden sogar mehrfach und zuletzt am 2. Juli Wahlen statt; ferner wurde über eine neue Verfassung für die „Vierte Republik“ abgestimmt, der vorgelegte Entwurf jedoch abgelehnt. Einmütig berief die erste vom Volk gewählte konstituierende Nationalversammlung Mitte November General de Gaulle an die Spitze der Regierung, doch trat der General am 20. Januar überraschend zurück, als er auf Widerstand stieß, und hielt sich seither im Hintergrund. Am 2. Juni fanden auch in Italien Wahlen und eine Abstimmung über die Frage der Staatsform statt: 10 Millionen Stimmen lauteten für Beibehaltung der Monarchie, 12 Millionen dagegen für die Einführung der Republik, die darauf am 18. Juni offiziell proklamiert wurde. Drei Wochen zuvor schon hatte König Viktor Emanuel III. zugunsten seines Sohnes abgedankt, doch mußte nun auch Umberto II. das Land verlassen. Die neu bestellte Konstituante wählte hierauf Ende Juni den Sozialisten de Nicola zum ersten Präsidenten der Republik Italien. Zu einem Regimewechsel hatten vorher schon auch die Wahlen in Jugoslawien geführt; die Linksparteien hatten die überwältigende Mehrheit erlangt, worauf das Parlament die „Föderative Volksrepublik Jugoslawien“ proklamierte und eine neue von Marschall Tito und seiner Regierung vorgelegte Verfassung annahm.

In den meisten übrigen Ländern standen die Parlamentswahlen im Zeichen einer Stärkung der Linksparteien. So besonders etwa in Norwegen und Dänemark, aber auch in den ost- und westeuropäischen Staaten. Erwähnenswert ist immerhin, daß beispielsweise in Ungarn trotz der russischen Besetzung die Kleinlandwirte-Partei bedeutende Erfolge zu verzeichnen hatte; ebenso vermochte in Österreich die katholische Volkspartei eine sehr starke Position zu behaupten. Vom neuen österreichischen Parlament wurde der bisherige Regierungschef Dr. Renner zum Bundespräsidenten gewählt. In der Tschechoslowakei bestätigte die im Mai neu gewählte Nationalversammlung einstimmig den frühern Präsidenten Dr. Eduard Benesch als Oberhaupt

der Republik; der Kommunist Gottwald wurde mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt. Was endlich Spanien betrifft, so fanden dort zwar keine Wahlen statt, doch zeigte sich deutlich eine Tendenz zum Abbau der Diktatur; General Franco erwog die Wiedereinführung der Monarchie, doch führten seine Verhandlungen mit dem Thronanwärter Don Juan zu keiner Einigung.

In den Vereinigten Staaten, wo bereits am 1. Juli als neuer Staatssekretär Byrnes die Leitung der Außenpolitik übernommen hatte, äußerte sich die „Linkstendenz“ vor allem in heftigen Lohnkämpfen und in gewaltigen Streiks, die vorübergehend sogar das gesamte Bahnnetz der Union stilllegten. In Südamerika kam es in mehreren Staaten zu Putschen und Regierungswechseln. Erwähnt sei Brasilien, wo im Oktober Präsident Vargas, der seit 1930 an der Spitze des Reiches stand, zum Rücktritt gezwungen, im Dezember das Parlament neu bestellt und General Dutra zum Präsidenten gewählt wurde. In Argentinien war, ebenfalls im Oktober, die Regierung umgebildet worden, worauf in den Wahlen vom Februar Oberst Peron zum Präsidenten erhoben wurde, mit dem nun die Sowjetunion die diplomatischen Beziehungen wieder aufnahm. In Chile gelangte fast gleichzeitig eine neue vorwiegend sozialistische Regierung ans Ruder.

Schließlich wurden auch in der Sowjetunion zum erstenmal seit acht Jahren wieder Wahlen zum obersten Sowjet durchgeführt. Als dieses Organ im März zusammentrat, beschloß es Verfassungsänderungen und führte an Stelle des Titels „Volkskommissar“ wiederum den alten Titel „Minister“ für die Mitglieder der Sowjetregierung ein.

\* \* \*

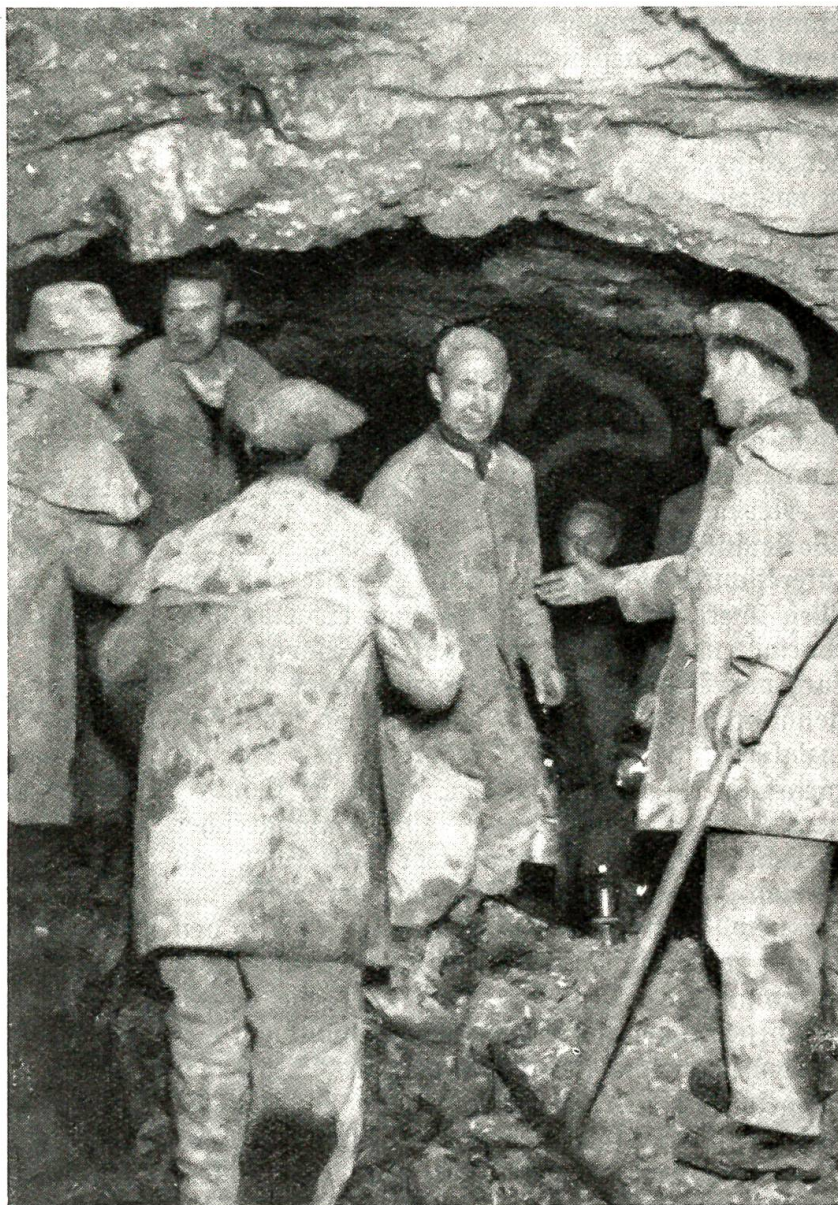
Auch für die Schweiz standen im Berichtsjahr die außenpolitischen und mit der Liquidation des Krieges zusammenhängenden Ereignisse im Vordergrund. Denn auch unser neutrales Land sah sich — wie übrigens die meisten andern Staaten, sofern es sich nicht um Großmächte handelt — vor der Notwendigkeit, sich seine Position in der neu entstehenden Welt neu zu erkämpfen.

Immerhin hatte die Schweiz während des Krieges den Kriegführenden wertvolle Dienste geleistet, und ihre Neutralität war durchaus nicht nur ein Beiseitesteher. So übte sie zeitweise für über 35 Länder ihre Tätigkeit als Schutzstaat aus. In Bern allein waren dafür bis zu 153 Beamten tätig, im Ausland waren es über tausend Personen. Besonders bewegte Tage und Nächte brachte die Zeit vom 10.—15. August, als es unmittelbar vor der Kapitulation Japans den Notenaustausch zwischen Japan einerseits und den USA und China andererseits zu vermitteln galt.

Ein Schritt vorwärts auf dem Wege zu einem besseren Einvernehmen mit den Siegermächten war die Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion. Vorausgegangen waren die Verhandlungen mit einer russischen Militärmission über die Heimkehr und Behandlung der russischen Internierten, deren erfolgreicher Abschluß im September den ständigen Angriffen der russischen Presse und des russischen Radios gegen die Schweiz ein Ende setzte. Am 19. März konnte dann, für die Öffentlichkeit völlig überraschend, die Herstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Sowjetunion mitgeteilt werden. Die Verhandlungen hatte in aller Stille im wesentlichen die Schweizerische Gesandtschaft in Belgrad geführt. Auch mit einer Reihe anderer Staaten sind inzwischen die Beziehungen wiederhergestellt worden. Ferner wurde die Zahl unserer diplomatischen Vertretungen im Ausland wesentlich vermehrt, und gleichzeitig wurde eine Reorganisation des politischen Departements im Sinne des Ausbaues dieser für unsere Beziehungen mit der Außenwelt so wichtigen Abteilung vorgenommen.

Am Tage vor Bekanntgabe der Normalisierung der schweizerisch-russischen

Beziehungen hatten in Washington Verhandlungen einer schweizerischen Finanzdelegation mit Vertretern der USA, Großbritanniens und Frankreichs begonnen. Verhandlungsgegenstand war das Verfügungsrecht über die deutschen Guthaben in der Schweiz. Wochenlang dauerten diese



Die Gotthardbahn wird zweigeleisig.

Der Durchstich des 2792 Meter langen Frohnalptunnels zwischen Brunnen und Sissikon ist wie vorgesehen am 4. Juni 1946 erfolgt. 1492 Meter vom Südportal entfernt befindet sich der Punkt, wo sich die Arbeiter nach der letzten Sprengung die Hände reichen konnten.

ATP-Bilderdienst, Zürich

vorübergehend sogar unterbrochenen Besprechungen, bis sie endlich mit einem Kompromiß abgeschlossen werden konnten, den unser Parlament dann in einer außerordentlichen Junisession nicht ohne Opposition genehmigt hat.

Während dieser außerordentlichen Session gelangte auch der Bericht des Generals an die Bundesversammlung zur Veröffentlichung. General Guisan, dessen Rücktritt am 20. August in Bern mit der sogenannten Fahnenehrung, dem Vorbeimarsch sämtlicher Fahnen und Standarten der Armee vor dem Oberbefehlshaber, feierlich begangen worden war, legt in diesem Werk zusammen mit dem Generalstabschef und den Waffenchefs einen umfassenden und kritischen Rechenschaftsbericht über den Aktivdienst 1939 bis 1945 ab. Noch einmal werden darin besonders auch die großen Gefahren, die unserem Lande mehrfach gedroht hatten und die vom Bundesrat schon anfangs Oktober im Nationalrat geschildert worden waren, klar und ausführlich dargelegt.

Neben dem Generalsbericht ist seit den Waffenstillstandstagen eine ganze Reihe weiterer interessanter Mitteilungen und Berichte auf dem Weg über kantonale und über das eidgenössische Parlament an die Öffentlichkeit gelangt. So kurz vor Weihnachten ein Bericht über den sogenannten Fall „Hügel“, einen hohen Nationalsozialisten, der vor und während des Krieges mehrfach als Spion und Spitzel die Schweiz bereist hatte, im Januar ein umfangreicher Bericht über die Naziumtriebe seit 1933, ein Bericht zu der fatalen „Eingabe der 200“, mit der gewisse Kreise 1940 der Schweizerpresse den Mund zu verbinden hofften, ferner Berichte über kommunistische Umtriebe und über die durchgeführte Säuberung. Von den eidgenössischen Behörden allein sind 493 Deutsche und 32 Italiener ausgewiesen worden. Aus solchen Äußerungen und im Verlauf von öffentlichen Diskussionen zu diesen Fragen erfuhr man auch, daß unsere Armee während des ganzen Aktivdienstes 4027 Todesfälle zu verzeichnen hatte, daß rund 6500 Luftraumverletzungen gezählt worden sind, daß die verschiedenen Bombenabwürfe über schweizerischem Gebiet 84 Todesopfer und 260 Verletzte und schätzungsweise einen Sachschaden im Betrag von 60—80 Millionen Franken gefordert haben.

Friedlichere und erfreulichere Nachkriegserscheinungen zeitigten Verhandlungen, die im Sommer 1945 mit einer alliierten Militärmission über Urlauberreisen und den Transit von demobilisierenden Truppen geführt worden waren. Bereits Ende Juli passierte dann der erste britische Truppentransport aus Italien die Schweiz und kamen die ersten amerikanischen Urlauber in unser Land. Neben den mehr als 200 000 unbekanntem „G. I.“, die seither mit ihren Uniformen das Straßenbild unserer Städte belebten, sah die Schweiz auch berühmte Urlauber: so weilte der britische Feldmarschall Montgomery längere Zeit zur Erholung im Berner Oberland, ferner waren der britische Luftmarschall Sir Arthur Coningham, dann der Nachfolger General Eisenhowers als Oberbefehlshaber der USA-Besatzungstruppen in Deutschland, General MacNarnen, sowie Admiral James, der Kommandant der amerikanischen Mittelmeerflotte, zur Erholung in der Schweiz.

Zu einem offiziellen Besuch traf Mitte Mai auch das holländische Thronfolgerpaar, von den Behörden und der Bevölkerung herzlich begrüßt, in Bern ein. In einer Radiorede brachte die Thronfolgerin, Prinzessin Juliana, nicht nur die Freude über die traditionelle Freundschaft der beiden Kleinstaaten, sondern auch den holländischen Dank für schweizerische Hilfeleistungen an das von der deutschen Invasion und Besetzung schwer heimgesuchte Holland zum Ausdruck.

Was die Innenpolitik betrifft, so hat der Chronist zwei eidgenössische Volksabstimmungen zu erwähnen. Am 25. November wurde die Vorlage über den Familienschutz mit 513 000 Ja gegen 178 000 Nein angenommen, am 10. Februar der Entwurf zu einem Verfassungsartikel über die Verkehrsordnung mit 570 000 Nein gegen 288 000 Ja und von 21 Ständen gegen 1 (Graubünden) verworfen. Ferner sei erwähnt, daß der Bundesrat im Mai die ausführlichen Entwürfe zum Gesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung veröffentlicht hat.

Endlich sei nicht vergessen, daß im Hinblick auf den Rücktritt des Generals und das Ende des Aktivdienstes bereits am 3. August die Armeeleitung neu bestellt worden ist: Oberstkörpskommandant Louis de Montmollin wurde zum Generalstabschef und Oberstkörpskommandant

Hans Fried zum Chef der Ausbildung ernannt. Allerdings wurden die militärischen Dienstleistungen für das Jahr 1946 auf ein Minimum reduziert; aber die Anpassung an die Kriegserfahrungen und die Modernisierung der Armee wurden nicht aus den Augen gelassen. So ist die Motorisierung z. T. mit neu erworbenem alliierter Kriegsmaterial verstärkt worden. Jedenfalls bleibt die ständige Bereitschaft in dieser aufgewühlten und unruhigen Welt ein Gebot der Vorsicht.

Und was diese Unruhe und dieses Aufgewühltheit betrifft, so sei dem Chronisten am Schluß der Hinweis auf die Natur erlaubt: auch sie war im Berichtsjahr nicht immer „normal“. Eine Sonnenfinsternis hat sich ereignet, die letzte für alle diejenigen, die nicht im Jahre 1999 noch am Leben zu sein gedenken; außerdem hat die Sonne zeitweise ungewöhnlich große Flecken aufgewiesen, eine Erscheinung, die Rückwirkungen nicht nur auf das Wetter erkennen ließ. Endlich haben wir in der Schweiz zweimal in relativ kurzer Zeit Erdbeben verspürt, die ihren Herd im Wallis hatten und dort z. T. erhebliche Zerstörungen an Gebäuden und Kulturen anrichteten. Alles in allem also ein Berichtsjahr, dem man trotz Kriegsende die „Arglist der Zeit“ in mehr als einer Beziehung angemerkt hat.

### Rossini und die Pfliffe

Rossini lebte von 1855 bis zu seinem Tode in Passy bei Paris; dort bewohnte er eine kleine Villa in der unmittelbaren Nähe des Bahnhofs. Komponisten pflegen in der Regel aus begreiflichen Gründen eine ruhigere Nachbarschaft als die eines Bahnhofs zu bevorzugen, und Dumas fragte auch bei Gelegenheit den Maestro, ob ihm denn die schrillen Pfliffe der Lokomotiven nicht auf die Nerven gingen? „Ganz und gar nicht“, antwortete Rossini, „wer einmal das Pfeifkonzert nach der Uraufführung des ‚Barbier von Sevilla‘ über sich ergehen lassen mußte, den stört zeit lebens kein Pfliff mehr.“

(Bekanntlich wurde dieses Meisterwerk Rossinis nach einer geradezu sensationellen Ablehnung zu einem Welterfolg.)

## Das Weltgeschehen in Versen

Von Jakob Stebler

### I.

Im Januar hat sich's begeben:  
Da fing die Erde an zu beben,  
Und zwar nicht einfach irgendwo  
In Chile oder Mexiko,  
An irgendeinem Südsee-Strande;  
Nein, just in unserm Schweizerlande.  
Wir waren alle sehr erschreckt,  
Daß uns die Erde so geneckt  
Und unversehens begann zu rütteln,  
Als dächte sie uns abzuschütteln.  
Sie hat es zwar nicht durchgestiert,  
Es ist uns auch nicht viel passiert,  
Wir wurden bloß, das ist zu loben,  
Ein bißchen hin- und hergeschoben  
Und hatten etwas Angst dabei,  
Daß all das nur ein Anfang sei.  
Gar mancher ahnte schon bekümmert,  
Sein letztes Stündchen sei gekommen,  
Schrieb nach dem kritischen Moment  
Sein eigenhändig Testament,  
Um später dann sich klar zu werden:  
So schlimm stand's nicht mit unsrer Erden.  
Nach so viel Krieg und so viel Not,  
Nach allem dem, was uns bedroht,  
Nach all dem Gürtel-enger-schnallen,  
Das uns nicht restlos hat gefallen,  
Wird es als ganz normal geschluckt,  
Daß unsre Welt noch weiter zuckt.  
Wo alles bebt, da fängt denn eben  
Die Erde auch gleich an zu beben.  
Solang sie es manierlich tut  
Und keineswegs in blinder Wut,  
So muß man ihr das Recht belassen  
Mit uns auf ihre Art zu spaßen.  
Wir lernten nämlich auch dabei:  
Wer niemals sich, ganz einerlei  
Nach welchem Zufallswind will drehen,  
Muß auf soliden Füßen stehen!

### II.

Was ist weiter zu berichten  
Von passorenen Geschichten,  
Die im abgelaufenen Jahr  
Dann und wann und offenbar